

«Diese Sparübung wird teuer»

Interview der Woche mit Thomas Leitch, Präsident der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, zu den Sparmassnahmen

Geht es nach dem Regierungsrat, soll im Bildungswesen erneut gespart werden. Massnahmen bei den Einschulungsklassen, bei Wahlfächern und Logopädie sind geplant. Grossrat Thomas Leitch warnt vor diesen schmerzlichen Schritten: «Leidtragende dieser überstürzten Abbaupläne sind die Kinder.»

Daniel Marti

Im Bildungswesen stehen weitere Sparmassnahmen an. Es sind Massnahmen, die in der Kompetenz des Regierungsrates liegen. Handelt es sich um einen Alleingang des Regierungsrates oder der Verwaltung?

Thomas Leitch: Nachdem die Aufhebung der Einschulungsklassen bereits in der Vernehmlassung gescheitert war und die Streichung des Werkjahres vom Grossen Rat abgelehnt wurde, versucht der Regierungsrat das «verlorene» Entlastungspotenzial durch weitere «Optimierungen» in eigener Kompetenz wettzumachen. Zusätzlich beauftragte ihn eine Mehrheit des Grossen Rats, weiter gehende Sparmassnahmen zu prüfen.

Sie sprechen ein gravierendes Beispiel an: Nachdem alle Parteien die Abschaffung der Einschulungsklassen abgelehnt haben, nimmt der Regierungsrat via Verordnung einen weiteren Anlauf. Das ist doch fernab jeden Demokratieverständnisses.

Dass der Regierungsrat nach diesem eindeutigen Votum die Anzahl der Einschulungsklassen beinahe halbiert und die Anzahl der EK-Kinder

«Leistungsstand würde mehr auseinanderklaffen»

um ein Drittel reduzieren will – und dies bereits ab Sommer 2015 –, ist tatsächlich unverstärkt. Die grossrätliche Kommission für Bildung, Kultur und Sport hält eine derartige Verschlechterung für die kleinsten Schulkinder mit Entwicklungsverzögerung für unhaltbar und beantragt eine Halbierung des Sparbetrags.

Der Regierungsrat will bei den Einschulungsklassen die Mindestgrössen von 8 auf 10 erhöhen und weniger Lektionen pro Abteilung. Macht das Sinn?

Durch die Heraufsetzung der Mindestgrösse von acht auf zehn Schüler können Abteilungen, die mit 16 oder 17 Lernenden über der Maximalzahl von 15 liegen, nicht mehr geteilt werden. Eine Lehrperson muss folglich doppelt so viele Kinder unterrichten, was auf Kosten der individuellen Betreuung der Kinder geht.

Diese Massnahmen haben auf die Einschulungsklassen gravierende Auswirkungen. Von zurzeit 73 Standorten würden nur 21 unverändert bleiben. An 20 jetzigen Standorten würde es gar keine Einschulungsklassen mehr geben. Das muss negative Auswirkungen haben.

Die Kinder müssten in die 1. Klasse eingeschult werden, wo sie ihre Schulkarriere schnell einmal mit Gefühlen von Überforderung und Frustration erleben – ein denkbar schlechter Start, der für die Lernatmosphäre der Klasse alles andere als förderlich ist. Entwicklungs- und Leistungsstand der Kinder würden bei der Einschulung noch mehr auseinanderklaffen. Die betroffenen Gemeinden werden gezwungen sein, stärker integrativ zu arbeiten und dafür mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ebenso würden die Schülerzahlen in



Problemfeld Schule. Der Regierungsrat möchte bei der Bildung weitere Sparmassnahmen umsetzen. Grossrat Thomas Leitch, Präsident der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, kämpft dagegen an. Der SP-Grossrat aus Wohlen befürchtet, dass die neuerlichen Massnahmen «nicht nachhaltig sind und bei den Kindern grossen Schaden anrichten».

Bild: Daniel Marti

den Regelklassen ansteigen, was wiederum zu zusätzlichen Lektionen führt. Auch diese Lektionen kosten.

In Wohlen würde diese Veränderung massive Konsequenzen haben. Wohlen würde drei von fünf Abteilungen der Einschulungsklassen verlieren und könnte nur noch zwei Einschulungsklassen weiterführen. Was bedeutet das genau?

Die Kinder würden in eine reguläre 1. Klasse eingeteilt. Dies mit dem Risiko, dass ohne die nötige Schulreife ein Start in der Regelklasse für viele eigentliche Einschulungsklassen-Kinder kein solides Fundament für die weitere Schullaufbahn sein kann. Werden nicht schulreife Kinder in die 1. Klasse eingeschult, kann ein prob-

«Problematischer Schulstart kostet ein Vielfaches»

lematischer Schulstart mit individuellen Lernzielen, Abklärungen, Therapien, verstärkten Stützmassnahmen und mehr seinen Lauf nehmen.

Dies entspricht kaum dem Ziel der Einschulungsklassen.

Das grosse Ziel der Einschulungsklassen, in zwei Jahren ein gutes schulisches Fundament zu erwerben und die Schullaufbahn ohne individuelle Lernziele fortsetzen zu können, würde nur noch mit einem kleinen Teil der Kinder erreicht werden.

Rein mit den Massnahmen bei den Einschulungsklassen würden 2015 rund 370000 und ab 2016 jährlich 810000 Franken gespart werden. Ist es das wert?

Diese vermeintliche Sparübung kommt uns noch teuer zu stehen. Wer weiss, wie wichtig ein guter Schulstart für die weitere Schulkarriere und die Motivation eines Kindes ist, wird sich hüten, die Rahmenbedingungen beim Schulstart zu verschlechtern. Ein problematischer Schulstart zieht oft jahrelange Abklärungen, Therapien und verstärkte Stützmassnahmen nach sich, die ein Vielfaches der Investitionen kosten, die für die Einschulungsklassen anfallen.

Weiter sind Massnahmen bei den Wahlfächern – Freies Gestalten, Italienisch, Hauswirt-

schaft, Geometrisches Zeichnen, Praktikum – vorgesehen. Der Regierungsrat nennt es Optimierungen, wie ist Ihre Haltung dazu?

Gerade diese beliebten Wahlfächer auf der Oberstufe werden von den Jugendlichen mit hoher Motivation besucht. In den Praktika werden die so-

«Das generiert Probleme mit massiven Kosten»

genannten Mint-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik –, deren Förderung ein zentrales Anliegen von Politik und Wirtschaft ist, angeboten. Die Kommission BKS verlangt deshalb eine Erhöhung des Globalbudgets von 292000 Franken für 2015 beziehungsweise 700000 Franken für 2016 bis 2018. Der Beitrag für die Frei- und Wahlfächer könnte pauschal an die einzelnen Schulen ausgerichtet werden, die dann über dessen Verwendung vor Ort entscheiden könnten. Damit kann ein unverantwortlicher Abbau bei der Begabtenförderung und der Vorbereitung auf die Berufswelt gemildert werden.

Der dritte Punkt betrifft die Logopädie. Der Pensenpool für den Sprachheilverricht in der Volksschule soll um 10 Prozent gekürzt werden. Zurzeit beträgt dieser im Aargau 122000 Lektionen. Wenn 12200 Lektionen gestrichen werden, werden die Kinder logischerweise weniger profitieren. Wie sehen Sie das?

Sparen in der Logopädie generiert nur Folgeprobleme mit massiven Folgekosten. Logopädinnen behandeln eine grosse Palette an Sprachstörungen, die 5 bis 8 Prozent der Kinder

«Alle Fachleute beurteilen das als katastrophal»

zeigen. Im Jahr 2007 hat das BKS den Pensenpool der Logopädie erhöht, weil Wartelisten bis zu einem Jahr bestanden. Eine gestörte Sprachentwicklung wirkt sich negativ auf das Selbstwertgefühl aus und führt schliesslich zu einer Aussenseiterkarriere mit sozialen und emotionalen Problemen.

Was bedeutet die geplante Kürzung konkret?

Durch die Kürzung um 10 Prozent können statt 7 Prozent nur noch etwas mehr als 5 Prozent aller Schulkinder fachgerecht therapiert werden. Die Kommission BKS empfiehlt mit 10:0 Stimmen und 2 Enthaltungen die Halbierung des Sparbetrags.

Bereits im Sommer 2015 sollten alle drei Massnahmen – Einschulungsklassen, Wahlfächer, Sprachheilverricht – umgesetzt werden. Da bleibt den Schulen wenig Zeit, wobei es sich ja «nur» um Stellenabbau handelt...

Leidtragende dieser überstürzten Abbaupläne sind in erster Linie die Kinder. Alle drei Sparmassnahmen werden von sämtlichen Fachleuten als katastrophal beurteilt. Sie schaden nachhaltig und werden mittel- und längerfristig massive Mehrkosten nach sich ziehen.

Alle drei Massnahmen verringern 2015 die Ausgaben um 800000 Franken und ab 2016 jährlich um 2,5 Millionen Franken. Wie beurteilen Sie das grundsätzlich? Irgendwo muss der Sparhebel angesetzt werden – auch bei der Bildung.

Die drei Beispiele zeigen, dass Sparen am falschen Ort kontraproduktiv ist. Die Kommission BKS hat deshalb Alternativvorschläge für weiter gehende Einsparungen im Bereich der ex-

«Grossrat kann die Sparvorschläge etwas mildern»

ternen Schulevaluation und für eine effizientere Ressourcierung der Volksschule gemacht.

Dann sind die Massnahmen also eine unschöne Sparübung auf dem Buckel der Bildung?

Unschön ist vor allem, dass der Sparbetrag, den der Bildungsbereich insgesamt zu erbringen hat, nun weit über den geforderten 30 Millionen Franken liegt, weil die Regierung verschiedene alternative Sparvorschläge aus Bildungskreisen zusätzlich ins Budget aufgenommen hat, ohne diese in der Leistungsanalyse aufzuführen und dort zum Abzug zu bringen.

Eigentlich sollten Politiker dafür sorgen, dass alle jungen Menschen im Kindergarten oder dann spätestens in der ersten Klasse ähnlich gute Startchancen haben. Ist das noch der Fall?

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Wenn die Grossrätinnen und Grossräte am 25. November auf die Fachleute und ihre Mitglieder der Fachkommission BKS hören, können die gravierendsten Sparvorschläge etwas gemildert werden. Eigentlich sollten wir aber mehr und nicht weniger in die Frühförderung investieren, denn nur mit einer gezielten Frühförderung kommen

«Einige Sparvorschläge richten Schaden an»

wir dem Ziel näher, dass alle ähnlich gute Startchancen haben. Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es bedeutsam, allen Kindern förderliche Entwicklungschancen zu bieten.

Was kann die Kommission Bildung, Kultur, Sport, die Sie präferieren, nun überhaupt noch tun?

Wir Kommissionsmitglieder müssen in unseren Fraktionen von den eindrücklichen Erkenntnissen und sachlichen Diskussionen, die wir während insgesamt zwölf Stunden geführt haben, berichten und noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Wir müssen darauf aufmerksam machen, dass einige Sparvorschläge nur kurzfristig greifen, nicht nachhaltig sind und bei den Kindern grossen Schaden anrichten.

Und was kann die Kommission noch ausrichten gegen einen Regierungsrat, der Sparmassnahmen praktisch gegen den Entscheid des Parlaments auf einem anderen Weg durchboxen will?

Der Regierungsrat musste auch auf Druck des Grossen Rates alternative Sparvorschläge präsentieren. Das Parlament kann Sparmassnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates nur durch Globalbudgeterhöhungen korrigieren, da es sich weder um Dekrets- noch um Gesetzesänderungen handelt. Der Grosse Rat entscheidet am 25. November, in welche Richtung es geht – hoffentlich zugunsten der Kinder.